



Erste Erfolge bei der Bekämpfung der Straßenkriminalität

Kriminalität lässt sich nur dann wirksam bekämpfen, wenn die Polizei Präsenz auf der Straße zeigt. Und wenn sie in den Ermittlungskommissariaten die Ressourcen zur Verfügung hat, die sie braucht, um Straftäter wirksam zu verfolgen, statt ihre Taten nur zu verwalten. Diese Erkenntnis hat sich inzwischen auch in der Politik herumgesprochen. Bereits unter der früheren rot-grünen Landesregierung wurden deshalb die Einstellungszahlen bei der Polizei langsam wieder nach oben korrigiert. Ein Weg, den die neue Landesregierung in den kommenden Jahren verstärkt fortsetzen will. Ein Blick in die aktuelle Kriminalitätsstatistik, die das LKA Monat für Monat veröffentlicht, zeigt, dass dieses Konzept erste Erfolge gebracht hat.

Erfasst sind in der LKA-Statistik drei Deliktbereiche, die für das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung besonders wichtig sind. Neben den Wohnungseinbrüchen zählen dazu die Straßenkriminalität – von der Körperverletzung über Raubüberfälle bis hin zum Taschen- und Fahrraddiebstahl – und die Gewaltkriminalität. Vor allem bei Wohnungseinbrüchen und Taschendiebstählen hat es in den letzten zehn Jahren massive Zuwächse gegeben. So stieg die Zahl der Taschendiebstähle von 32 298 Fällen im Jahr 2007 auf 54 604 Fälle in 2015. Ein Zuwachs von 70 Prozent. Die Zahl der Wohnungseinbrüche stieg ebenfalls deutlich an, von 37 393 Fällen 2007 auf 62 362 Fälle 2015. Erst seit 2016 sind beide Deliktbe-

reiche wieder rückläufig. Bedrohlich ist aus Sicht vieler Menschen auch das nach wie vor hohe Ausmaß der Gewaltkriminalität. Allein die Zahl der gefährlichen und schweren Körperverletzungen-

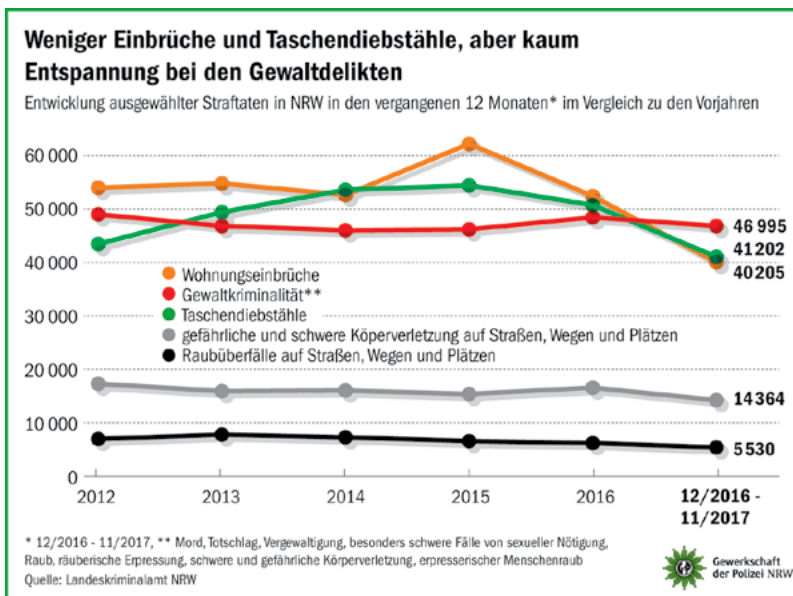
delikte auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen lag in der vergangenen Legislaturperiode nahezu unverändert zwischen 17 441 Fällen

diese Zahl rückläufig. Ein Indiz, dass das veränderte Sicherheitskonzept der Polizei langsam greift.

Ob sich dieser positive Trend in den nächsten Jahren fortsetzen wird, muss sich allerdings erst noch zeigen. Vor allem, weil es noch viele Jahre dauern wird, bis die von der Politik angekündigte personelle Stärkung der Polizei in den Behörden vor Ort ankommen wird. Selbst hochrangige Experten des Innenministeriums gehen aktuell davon aus, dass es vor 2021 oder 2022 keine echte Verstärkung der Kreispolizeibehörden geben wird. Verantwortlich ist dafür nicht nur die in den

nächsten Jahren rasant steigende Zahl der Pensionierungen, sondern auch die Tatsache, dass die Polizei in den nächsten Jahren verstärkt Personal einsetzen muss, um auf die veränderte Bedrohungslage durch Terroristen aber auch durch neue Kriminalitätsformen wie der Internetkriminalität zu reagieren. Will die Polizei trotzdem ihre Präsenz auf der Straße nachhaltig erhöhen und neue Kriminalitätsformen wirksam bekämpfen, kommt es deshalb entscheidend darauf an, dass die von der Politik versprochenen zusätzlichen Tarifbeschäftigten bei der Polizei tatsäch-

lich so eingesetzt werden, dass sie die Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten von bestimmten Aufgaben entlasten und nicht als vermeintlich billigeres Personal zweckentfremdet werden.



Nach dem dramatischen Anstieg in den vergangenen Jahren ist die Zahl der Wohnungseinbrüche und der Taschendiebstähle zuletzt in NRW deutlich gesunken. Die Gewaltkriminalität verharrt jedoch nach wie vor auf einem hohen Niveau, trotz des Rückgangs bei einzelnen Deliktarten, wie zum Beispiel bei Raubüberfällen und schweren Körperverletzungen auf Straßen, Wegen und Plätzen.

im Jahre 2012 und 16 703 Fällen in 2016 (siehe Grafik). Nimmt man die in Privaträumen verübten Delikte hinzu, gab es 2016 sogar 33 329 Fälle von gefährlicher und schwerer Körperverletzung. Seit 2017 ist auch



Wahrnehmung von hoheitlichem Handeln muss Aufgabe von Polizeivollzugsbeamten bleiben!



Mit der Verabschiedung des Haushalts für 2018 Mitte Januar durch den Düsseldorfer Landtag ist nicht nur der Weg frei geworden, um die 350 Stellen für die Tarifbeschäftigten, die bereits 2016 im Rahmen des Maßnahmenpakets zur Stärkung der Inneren Sicherheit an die Polizeibehörden gegangen sind, endlich zu entfristen, sondern die Behörden haben auch 400 zusätzliche Tarifbeschäftigte bekommen, die

sie dringend benötigen. Wo sie sie einsetzen, können die Behörden weitgehend autonom entscheiden. In den nächsten vier Jahren, wenn jeweils 500 weitere Tarifbeschäftigte auf die Behörden verteilt werden, könnte das anders sein. Eine vom Innenministerium eingesetzte Arbeitsgruppe ist beauftragt, zu analysieren, in welchen Bereichen die 2000 zusätzlichen Tarifbeschäftigten einzu-

setzen sind. Ziel soll dabei die Stärkung der polizeilichen Präsenz und des Ermittlungsdienstes sein.

Dieses Ziel wird ausdrücklich von der GdP unterstützt – trotzdem ist Vorsicht geboten! Die GdP hat bereits im April 2016 in einem eigenen Positionspapier im Detail erläutert, wo und wie wir uns eine sinnvolle Verstärkung durch Tarifbeschäftigte vorstellen können. Exemplarisch hierfür sind z. B. die Bereiche Gewahrsamsdienst, Schwerlasttransporte, Verkehrs- und Kriminalitätsprävention, Spurensicherung, Dateneingabe usw. Was wir uns jedoch nicht vorstellen können ist, dass Vollzugsaufgaben, also hoheitliches Handeln, auf Tarifbeschäftigte übertragen werden. Überlegungen in Richtung einer Wach- bzw. Hilfspolizei erteilen wir ebenso eine klare Absage wie das komplette Herauslösen der Polizei aus dem Objektschutz. Dies ist mit der GdP nicht zu machen! Für NRW muss auch weiter der Grundsatz gelten: Da wo Polizei draufsteht, ist auch Polizei drin.

Arnold Plickert,
Landesvorsitzender

Tarifstellen aus dem Maßnahmenpaket können endlich entfristet werden



Mitte Januar hat der Landtag den Haushalt 2018 verabschiedet. Damit ist endlich der Weg frei, um die 350 zusätzlichen Stellen im Tarifbereich, die die frühere rot-grüne Landesregierung bereits 2016 den Polizeibehörden im Rahmen des Maßnahmenpa-

ket zur Stärkung der Inneren Sicherheit zu Verfügung gestellt hat, zu entfristen. Aus Sicht der GdP ist dieser Schritt längst überfällig. „Wir hätten uns gewünscht, dass die neue Landesregierung bereits im vergangenen Jahr über den Nachtragshaushalt die notwendigen Mittel bereitgestellt hätte, um den betroffenen Kolleginnen und Kollegen endlich eine finanzielle Sicherheit zu geben“, betont Jutta Jakobs, die für Tarifpolitik zuständige stellvertretende Landesvorsitzende der GdP. „Umso wichtiger ist es, dass die Entfristung der

Stellen jetzt so schnell wie möglich umgesetzt wird.“

Darüber hinaus wird sich die GdP in den kommenden Wochen dafür starkmachen, dass die 400 weiteren Stellen für den Tarifbereich, die im Landeshaushalt für 2018 ausgewiesen sind, so schnell wie möglich auf die Behörden verteilt und dort besetzt werden. Selbst von den 100 zusätzlichen Stellen im Tarifbereich, die das Land bereits im vergangenen Jahr im Rahmen des Nachtragshaushalts den Polizeibehörden zur Verfügung gestellt hat, sind bislang noch nicht alle besetzt. „Das ist ein Unding, angesichts der massiven Personalnot bei der Polizei“, kritisiert Jakobs. Wichtig ist zudem, dass die Stellen im Tarifbereich vernünftig eingruppiert sind. „Sonst werden wir die Fachleute, die wir brauchen, auf dem Arbeitsmarkt nicht finden“, mahnt die stellvertretende GdP-Vorsitzende.



GdP will Bosbach-Kommission für eine Modernisierung der Polizei nutzen

Mehr als ein halbes Jahr nach der gewonnenen Landtagswahl hat Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) Mitte Dezember die schon im Wahlkampf angekündigte Bosbach-Kommission eingesetzt. Der 15-köpfigen Expertenkommission, die jetzt offiziell unter dem Namen „Regierungskommission Mehr Sicherheit für Nordrhein-Westfalen“ firmiert, hat die schwarz-gelbe Landesregierung einen umfangreichen Arbeitsauftrag erteilt.

Er reicht von der Überprüfung der personellen und sachlichen Ausstattung der Polizei über Vorschläge zur Verbesserung der Aus- und Fortbildung, bis hin zur Überprüfung der Zusammenarbeit von Bund und Ländern sowie von Polizei mit Justiz und Verfassungsschutz. Auch einzelne Sachthemen wie die Bekämpfung der Wohnungseinbruchskriminalität, der Schutz vor Cyberkriminalität und die Bekämpfung des Terrorismus gehören mit zum Themenkatalog.

In welchen Schritten die Kommission das umfangreiche Arbeitsgebiet angehen will, haben die Kommissionsmitglieder am 25. Januar – nach Re-

daktionsschluss dieser Ausgabe – auf ihrer konstituierenden Sitzung erstmals beraten. Auch die Frage, ab wann die Kommission Arbeitsergebnisse vorlegen wird, lässt sich erst in den kommenden Wochen und Monaten seriös abschätzen. Die GdP bewertet trotz dieser noch zu klärenden Fragen die Einsetzung der Kommission positiv. „In der Vergangenheit sind von NRW immer wieder wichtige Initiativen ausgegangen, um die Polizei zu professionalisieren und auf neue Herausforderungen einzustellen. Mit der Kommission haben wir die Chance, dass NRW wieder zum Vordenker für andere Bundesländer wird“, sagte GdP-Lan-

desvorsitzender Arnold Plickert Mitte Dezember nach dem Einsetzen der Kommission. Plickert, der selber von Laschet in die Kommission berufen worden ist, will dort die Reformvorschläge einbringen, die die GdP in den vergangenen Jahren für eine Modernisierung der Polizei entwickelt hat – von den Vorschlägen des Kriminalpolitischen Programms für eine effektivere Kriminalitätsbekämpfung bis hin zur Forderung nach mehr Rechten für die Polizei bei der Überprüfung von Tatverdächtigen und beim Zugriff auf deren Kommunikationsdaten.

„Wichtig ist, dass die Kommission nicht nur Vorschläge zur besseren Personal- und Sachausstattung der Polizei machen soll, sondern auch für eine bessere Zusammenarbeit von Bund und Ländern“, ergänzte Plickert. „Vor allem bei der Vernetzung der Sicherheitsbehörden gibt es erhebliche Defizite. Nicht nur auf nationaler, sondern auch auf internationaler Ebene.“

Endlich! Polizisten können Blutproben ab sofort eigenständig anordnen

Jahrelang hat die GdP dafür gekämpft, dass die Polizei bei alkoholisierten Autofahrern nicht erst die Erlaubnis eines Richters oder Staatsanwalts einholen muss, sondern selber die Entnahme einer Blutprobe durch einen Arzt anordnen kann. Vor allem in ländlichen Gebieten, in denen die Gerichte und die Staatsanwaltschaften nachts nur schwer zu erreichen sind, hatte der Richter vorbehalt bei der Blutprobenentnahme immer wieder zu stundenlangen Verzögerungen geführt.

Bereits im August vergangenen Jahres hat deshalb der Deutsche Bundestag eine Änderung der Strafprozessordnung beschlossen, durch die die Anordnungskompetenz zur Entnahme einer Blutprobe bei Verdacht auf Alkohol- oder Drogenmissbrauch am Steuer von den Gerichten auf die Staatsanwaltschaft und die Polizei verlagert

worden ist. Diese Gesetzesänderung hatte in NRW in der Praxis aber nicht zu einer Entlastung der Polizei geführt, weil sich die Polizisten jetzt statt der Gerichte den zuständigen Staatsanwalt um die Anordnung der Blutprobe bitten mussten.

Diese unsägliche Praxis hat Justizminister Peter Biesenbach (CDU) Ende Dezember mit einem neuen Erlass beendet. In dem Erlass weist der Justizminister darauf hin, dass die Anordnungskompetenz zur Entnahme einer Blutprobe nach der vom Bundestag geänderten Rechtslage Staatsanwaltschaft und Polizei grundsätzlich gleichrangig zuste-



he. Aus verfahrenswirtschaftlichen Gründen halte er es für sinnvoll, den Polizeibehörden im Falle eines Anfangsverdachts auf Alkohol- oder Drogenmissbrauch am Steuer grundsätzlich die Entscheidung über die Anordnung einer Blutprobe zu überlassen.



Countdown für den Landesdelegiertentag



LANDESDELEGIERTENTAG 2018

Kreisgruppenfusionen stehen vor dem Abschluss

Der Außerordentliche Delegiertentag des Landesbezirks NRW hat am 01. April 2013 beschlossen, dass zukünftig in jeder Polizeibehörde nur jeweils eine GdP-Kreisgruppe bestehen soll. Ausnahmen davon bilden der Bezirksverband Aus- und Fortbildung mit den Kreisgruppen an den jeweiligen Standorten des Landesamtes für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW (LAFP) sowie die Wasserschutzpolizei. Weitere Ausnahmen wurden befristet zugelassen bis zum 30. Juni 2017. Sollte es bis zu diesem Zeitpunkt nicht möglich sein, einvernehmliche Lösungen zu finden, sollte unter Federführung und Vermittlung des Geschäftsführenden Landesbezirksvorstandes und unter Beteiligung des zuständigen Bezirksvorstands und der betroffenen Kreisgruppen

versucht werden, eine Lösung zu finden. Sollte auch dies nicht gelingen, sollte der Ordentliche Landesdelegiertentag 2018 endgültig entscheiden.

Die Kreisgruppen Bielefeld, Dortmund, Köln, Recklinghausen, Solingen und Münster haben zwischenzeitlich Fusionen durchgeführt, dort besteht nur noch jeweils eine Kreisgruppe. Die Kreisgruppen Autobahnpolizei Düsseldorf und Düsseldorf haben die jeweiligen Mitgliederversammlungen – auf denen die Fusion beschlossen bzw. anschließend gemeinsam ein neuer Vorstand gewählt wird – auf den 1. März 2018 terminiert. Vorausgesetzt, die beiden letztgenannten Kreisgruppen vollziehen am 1. März diesen Schritt, wäre dann der Auftrag des Außerordentlichen Delegiertentages umgesetzt.

Noch zweieinhalb Monate, dann beginnt in Düsseldorf der 32. ordentliche Landesdelegiertentag der GdP. Unter dem Motto „Zukunft beginnt jetzt“ werden vom 24. bis 26. April 168 Delegierte aus ganz NRW den neuen geschäftsführenden Landesbezirksvorstand wählen und über die Arbeitsschwerpunkte und Ziele der GdP für die kommenden vier Jahre beraten. Am 25. April wird der Landesbezirk zudem mit einem Festakt an die Gründung der GdP vor 70 Jahren in Düsseldorf erinnern.

Um die Entscheidungen des Landesdelegiertentages auf eine breite Basis zu stellen, sind ihm eine Reihe Vorkonferenzen vorausgegangen, nicht nur auf der Ebene der Kreisgruppen, sondern auch auf Bezirks- und auf Landesebene. Nach den drei Personengruppen – der Jungen Gruppe, der Frauen- und der Seniorengruppe – haben deshalb in den vergangenen Wochen auch die sechs GdP-Bezirke – Arnsberg, Detmold, Düsseldorf, Köln, Münster sowie der BV Aus- und Fortbildung – ihre Vertreter zu einer eigenen BV-Konferenz eingeladen.

Im Bezirk Detmold wurde der Paderborner Kreisvorsitzende Michael Schröter als Nachfolger von Udo Linnenbrink zum neuen BV-Vorsitzenden gewählt. Im BV Düsseldorf hat der Essener Kreisvorsitzende Heiko Müller diese Funktion von Wolfgang Spies übernommen. Die übrigen vier BV-Vorsitzenden wurden in ihren Ämtern bestätigt: Rainer Peltz im BV Arnsberg, Michael Mertens im BV Köln, Lorenz Rojahn im BV Münster und Michael Maatz im BV Aus- und Fortbildung.

Vom Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand (GVS), den Bezirksverbänden und den Kreis- und den Personengruppen wurden zudem mehr als 200 Anträge erarbeitet, über die der Landesdelegiertentag entscheiden soll. Im April werden die Delegierten zudem über die Zusammensetzung des GVS für die kommenden vier Jahre entscheiden. Der Landesvorsitzende Arnold Plickert und sein Stellvertreter Wolfgang Spies werden aus Altersgründen auf dem Delegiertentag nicht erneut antreten. Bereits Ende des Jahres hat zudem Ralf Robertz seine Funktion im Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand niedergelegt.





#wirmischenunsein



Ein Jahr online: Der Social-Media-Auftritt der GdP NRW

Mit dem Start eines eigenen Social-Media-Auftritts hat der Landesbezirk im Januar 2017 einen wichtigen Schritt gemacht, um die Kommunikation mit den eigenen Mitgliedern und der interessierten Öffentlichkeit und wichtigen politischen Akteuren weiter auszubauen. Seitdem ist der Landesbezirk bei Facebook, Twitter, Google+ und YouTube präsent. Die Zugriffsraten zeigen, dass das Konzept funktioniert.

Wichtig sind die neuen Social-Media-Kanäle vor allem für die schnelle Kommunikation aktueller Ereignisse und Position des Landesbezirks gegenüber den eigenen Mitgliedern. Informationen zu aktuellen Themen und Aktionen lassen sich dort erheblich schneller transportieren als über traditionelle Kommunikationswege wie E-Mail, Homepage oder gar Printprodukte. Zudem können die Nutzer unmittelbar mit dem Landesbezirk interagieren. Auch für den Kontakt zu jungen Menschen, die sich für den Polizeiberuf interessieren und einen ersten, niederschweligen Zugang zur GdP suchen, kommt dem neuen Auftritt eine zentrale Rolle zu. Ein weiterer Vorteil des Social-Media-Auftritts des Landesbezirks ist die Möglichkeit für die Mitglieder, Informationen zu aktuellen politischen Entscheidungen, Initiativen und Aktionen der GdP nicht nur mit anderen zu teilen, sondern sie auch unmittelbar zu kommentieren und zu bewerten. Das erhöht die innergewerkschaftliche Demokratie.

Insbesondere über den Facebook-Auftritt erreicht der Landesbezirk stetig mehr Nutzer. Aktuell sind es bereits 30 000 Nutzer pro Monat (Stand: Dezember 2017). Via Twitter sind es sogar 35 000 Nutzer pro Monat. Zudem folgen inzwischen auch Nachrichtenagenturen, Radio- und TV-Journalisten der GdP in den sozialen Netzwerken.

Als erstes größeres Ereignis hat der Landesbezirk die Tarifrunde 2017 über seinen Social-Media-Auftritt begleitet. Die aktive Mittagspause vom LKA sowie die Tarifdemo in Düsseldorf konnten die Fans auf Facebook live mitverfolgen – insgesamt schalteten fast 5000 Zuschauer ein. Es folgten Live-Fragestunden, in denen die Kolleginnen und Kollegen zu verschiedenen Themen mit Mitgliedern des Landesbezirksvorstands diskutie-

ren konnten. Bereits im ersten Monat hatte der Landesbezirk 500 Facebook-Abonnenten erreicht. Bei Twitter wurden die ersten 100 Follower gezählt.

Im Sommer schickten einige Kolleginnen und Kollegen Bild- und Videomaterial zu den Ausschreitungen während des G20-Gipfels an die Social-Media-Kanäle. Der Landesbezirk kam der Bitte nach, diese zu veröffentlichen. Über 15 000 Menschen wurden somit Augenzeugen der linken Gewalt in Hamburg.

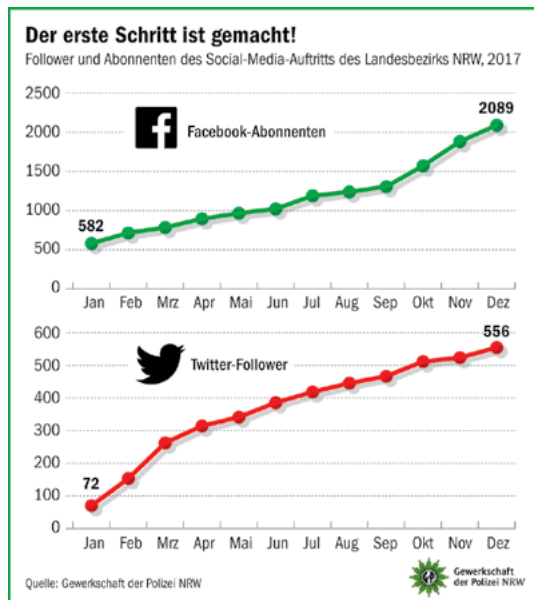
Kurz vor den Landtagswahlen im Mai kam es auf den Seiten zu ersten kontroversen und zum Teil heftigen Diskussionen, bei denen der Landesbezirk moderierend eingreifen musste. Diese Debatten waren jedoch nicht mit dem vergleichbar, was im Herbst auf den Seiten des Landesbezirks passierte: Die Nachricht, dass der DGB auf Bitte des GdP-Bundesvorstands einen Antifa-Kongress in den Räumlichkeiten des DGB in München abgesagt hat, verbreitete sich in kürzester Zeit über die Social-Media-Kanäle der GdP. Über 300 000 User sahen die Mitteilung. Fast 8000 Nutzer interagierten mit dem Beitrag, über 3000 Kommentare wurden abgegeben. Der nur wenige Wochen zuvor eingeführte Hashtag #wirmischenunsein erlangte deutschlandweit Aufmerksamkeit.

Anfang Dezember startete der Landesbezirk seinen Facebook-Weihnachtskalender. Jeden Tag wurde ein Kalenderbild veröffentlicht. Ein kurzes Anklicken machte die tägliche Überraschung sichtbar. Insgesamt nahmen die GdP-Mitglieder über an-

derthalbtausend Mal an dem Gewinnspiel teil. Anschließend wünschten sich in einer Umfrage 92 Prozent der Fans, dass es auch 2018 wieder einen Weihnachtskalender gibt.

Zum Ende des Jahres veröffentlichte der Landesbezirk einen kurzen Film, der verdeutlicht, dass sich die GdP auch 2017 erfolgreich für ihre inzwischen mehr als 41 000 Mitglieder in Fragen der Inneren Sicherheit und der Arbeitsbedingungen bei der Polizei eingesetzt hat. Der Jahresrückblick erhielt mehrere Tausend Klicks.

Zukünftig dürfen die Nutzer gespannt sein, was sie bei Facebook, Twitter, Google+ und YouTube erwartet. Täglich interessante Postings zu aktuellen Themen rund um den Landesbezirk der GdP, Innere Sicherheit und Polizei gehören ebenfalls dazu wie Live-Berichterstattungen, Gewinnspiele und Rabattaktionen.



Wer einen neuen Auftritt startet, muss erst einmal bekannt werden. Aber seit dem Start gehen die Zugriffszahlen auf die Social-Media-Kanäle des Landesbezirks konstant nach oben.



Die GdP trauert um Yvonne Nienhaus



Mit großer Betroffenheit hat die Gewerkschaft der Polizei auf den tragischen Tod von Yvonne Nienhaus reagiert. Die 23-jährige Kommissarin ist am 27. Dezember auf der A 61 bei Viersen getötet worden, als ein unter Alkohol stehender Lkw-Fahrer, den sie kontrollieren wollte, mit hoher Geschwindigkeit auf ihren Einsatzwagen auffuhr. Yvonne Nienhaus liebte das Leben und sie liebte den Polizeiberuf. Sie hatte keine Chance.

Unser tiefes Mitgefühl gilt der Familie, dem Lebensgefährten und den Freunden von Yvonne Nienhaus. Ihr tragischer Tod zeigt auf erschütternde Weise, welchen Gefahren unsere Kolleginnen und Kollegen jeden Tag in ihrem Dienst ausgesetzt sind.

Unsere Gedanken sind zugleich bei der schwer verletzten Kollegin und bei dem Kommissaranwärter, die zusammen mit Yvonne Nienhaus im Streifenwagen auf ihren Einsatz gewartet hatten. Wir hoffen, dass sie sich bald von ihren Verletzungen erholen werden.

Für alle Kolleginnen und Kollegen, die die Hinterbliebenen von Yvonne Nienhaus und die beiden verletzten Kolleginnen und Kollegen unterstützen wollen, hat die GdP ein Spendenkonto eingerichtet:

Gewerkschaft der Polizei, Commerzbank, IBAN DE55 3004 0000 0633 0120 20, Verwendungszweck: GdP NRW hilft



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 1. Januar 2018

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss der März-Ausgabe
ist der 2. Februar.

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: penguin@gdp-reiseservice.de

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 4.2. Isolde Strothmann, Bochum
- 9.2. Helmut Schrebler, Viersen
- 12.2. Margarete Heyer, Willich
- 14.2. Friedrich Bührig, Niederzier
- 16.2. Magdalene Neumann, Detmold
- 21.2. Harry Kaps, Neuss
- 24.2. Manfred Loos, Bochum
- 26.2. Henni Froese, Remscheid
- Heinrich Suntrup, Iserlohn
- 27.2. Erna Blome, Horn-Bad Meinberg

91. Geburtstag

- 1.2. Anneliese Warm, Dortmund
- 8.2. Friedrich Pickert, Dorsten
- 13.2. Guntram Buchholz, Neuss
- 15.2. Erika Haarmann, Meinerzhagen
- 19.2. Hans Joachim Lindrum, Brilon
- 25.2. Heinrich Olbrich, Münster
- 27.2. Karl Heinz Brune, Dortmund

92. Geburtstag

- 5.2. Sigrid Schelberger, Hagen
- 11.2. Erika Heinrichs, Mönchengladbach
- 14.2. Ferdinand Stemick, Düsseldorf
- 16.2. Helene Krieger, Essen

- 19.2. Waltraud Mühlbauer, Siegen
- 26.2. Heinz Pötter, Köln
- 27.2. Johann Jaskolla, Bottrop
- 28.2. Herbert Schmitz, Mechernich

93. Geburtstag

- 11.2. Christa Waldorf, Bonn
- 19.2. Brigitta Sennefelder, Aachen

94. Geburtstag

- 15.2. Sophie Hermann, Dortmund
- 27.2. Hildegard Unterfeld, Schwerte

95. Geburtstag

- 27.2. Walter Dzubilla, Kaiserslautern

96. Geburtstag

- 4.2. Manfred Plass, Bielefeld
- 12.2. Gertrud Palka, Dortmund
- 27.2. Nikolaus Kirch, Aachen

97. Geburtstag

- 24.2. Elisabeth Meister, Herten
- 26.2. Helga Geicht, Colorado-Springs USA

98. Geburtstag

- 5.2. Wilhelmine Hänsdiecke, Düsseldorf

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.





18. Bundesseniorenreise nach Kreta

26. September bis 10. Oktober 2018

Eingeschlossene Leistungen:

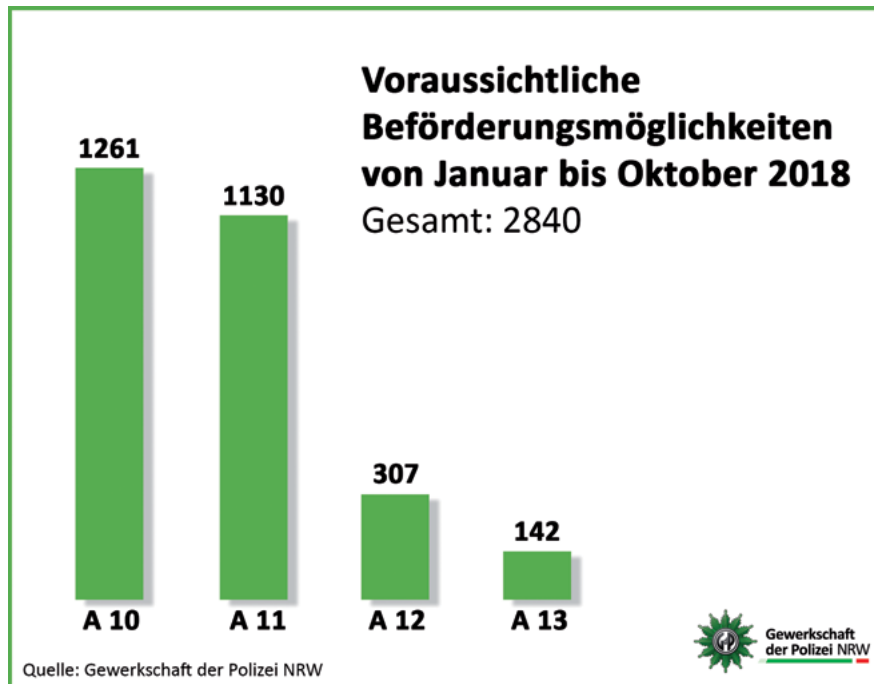
- Flug ab/bis Deutschland nach Heraklion/Kreta
- Zug zum Flug Ticket in der 2. Klasse
- Transfer Flughafen - Hotel - Flughafen
- 14 Übernachtungen im Hotel Apollonia Beach Resort & Spa ****
- Frühstück, Mittag- und Abendessen in Buffetform
- Früchte, Salatbuffet und Eis (10 - 18 Uhr)
- Kaffee, Kuchen und Gebäck (16 - 17 Uhr)
- Nationale und internationale alkoholfreie und alkoholische Getränke (10 - 24 Uhr)
- Deutschsprachige Reiseleitung
- Reisebegleitung durch den GdP-Reiseservice
- Reisepreissicherungsschein

Reisepreis pro Person im Doppelzimmer ab € 1.269,-

Bitte fordern Sie unsere ausführlichen Ausschreibungen an.
Beachten Sie auch unsere Ausschreibung zur Jahresabschlussfahrt auf dem Rhein!

GdP-Service GmbH
Gudastraße 9 40625 Düsseldorf
0211/29101 -44/-45/-63/-64
www.gdp-reiseservice.de





Wegen der Verkürzung der Wiederbesetzungssperre von 18 auf 12 Monate werden der Polizei von Januar bis Oktober 2018 insgesamt 2840 Beförderungsmöglichkeiten zugewiesen. Der Großteil der Beförderungsmöglichkeiten entfällt auf die Besoldungsgruppen A 10 und A 11. Für A 12 und A 13 gibt es insgesamt 450 Beförderungen. Die Beförderungsmöglichkeiten für die Monate November und Dezember hat das Innenministerium noch nicht errechnet.

GdP aktiv

1. 2., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Bochum, 14:00 Uhr, Kunstmuseum, Kortumstraße 147, Bochum

1. 2., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Olpe, 16:00 Uhr, Hotel Schweinsberg, Fredeburger Str. 23, Lennestadt

10. 3., Polizeifest der Kreisgruppe Heinsberg, 20:00 Uhr, Gasthaus So-

dekamp-Dohmen, Breite Straße, Hückelhoven. Eintrittskarten sind bei den Vertrauensleuten erhältlich

14. 3., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Duisburg, 14:00 Uhr, An der Abtei 1, Duisburg

21. 3., Skatturnier der Kreisgruppe Märkischer Kreis, 16:00 Uhr, Hotel Wilhelmshöhe, Werdohler Str. 54, Neuenrade

Glücksnummern des Monats

45 5728
Nina Füßer, Neuss
45 5204
Thomas Hauck, Hagen
45 11136
Manuela Christ, Duisburg
45 11225
Dirk Albrecht, Herford

Die Gewinner im Februar erhalten eine GdP Mappe „Rexine“.

Senioren aktuell

Kreisgruppe Coesfeld

28. Februar, 14:30 Uhr, Seniorentreffen, DRK-Heim, August-Schlüter-Str. 32 (neben der Feuerwehr), 48249 Dülmen, Jürgen Steinberg zum Thema Häusliche Pflege

Kreisgruppe Köln

15. Februar, 14:00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Georgstr. 2-4/Ecke Waidmarkt, 50676 Köln, Herr Zilken vom Bestattungsinstitut Hoffmann zum Thema Rund um die Bestattung und Bestattungsvorsorge

Kreisgruppe Unna

28. Februar, 15:00 Uhr, Seniorentreffen, Buxtorfhaus, Perthesstr. 8, 59174 Kamen, Bernhard Heckenkemper zu aktuellen Beihilfefragen, insbesondere Pflege und Heimunterbringung

NACHRUFE

Philipp Langohr	25.08.1926	Aachen	Siegfried Albrecht	11.01.1932	Hagen
Roland Thiery	07.12.1952	Aachen	Klaus-Dieter Gehle	30.07.1938	Hamm
Doris Rohde	17.02.1943	AP Düsseldorf	Heinrich Jentsch	16.08.1934	Herford
Gerda Mesenholl	31.10.1925	Bergisches Land	Edwin Stiegelmeier	09.05.1938	Herford
Karl-Heinz Füchtenschnieder	07.09.1932	Bielefeld	Otto Schnell	04.02.1935	HSK
Eberhard Klimczyk	09.09.1931	Bielefeld	Otto Pieper	16.03.1925	Höxter
Herbert Pitzke	05.04.1925	Bielefeld	Änni Kuhn	08.08.1921	Köln
Udo Seidel	10.11.1946	Bochum	Hans Kellers	18.08.1926	Krefeld
Notburga Fliegner	11.07.1930	Bonn	Ilsa Wüstenbecker	11.07.1920	Lippe
Herbert Zacharias	14.03.1937	Dortmund	Harald Borowski	03.03.1950	LZPD NRW
Margareta Müller	15.05.1929	Düren	Hans Römer	04.12.1937	Minden-Lübbecke
Gabriele Thomeßen	06.01.1961	Erftkreis	Friedhelm Posner	20.08.1953	Münster
Manfred Meininghaus	06.05.1938	Essen/Mülheim	Helene Düster	30.07.1929	Oberbergischer Kreis
Werner Schoß	14.07.1931	Essen/Mülheim	Bernd Joppen	24.03.1944	Viersen
Wolfgang Kmiecik	06.10.1939	Gelsenkirchen	Heinz Kühn	05.07.1923	Viersen
Elisabeth Appelbaum	25.06.1923	Gütersloh	Wilhelmine Joosten	01.07.1929	WSP NRW
Bernhardine Wittenbrink	10.08.1921	Gütersloh	Kurt Biehle	19.08.1929	Wesel
			Irene Kain	13.07.1923	Wesel

